

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verlag: Vorwärts-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telephon: Dönhoff 200-298

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise
sind in der Morgenausgabe angegeben

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telephon: Dönhoff 200-298
Zel.-Korrekturen: Sozialdemokrat Berlin

Der Zoll-Heberfall.

Politische Reaktion. — Verteuerung der Lebenshaltung.

Die Vorlage der Reichsregierung über die Wiedereinführung der Agrarzölle führt mitten hinein in den Kampf um die Verteilung der Lasten der Reparation. Der Reichskanzler Marx hat wiederholt davon gesprochen, daß die Verteilung der Lasten im Geiste sozialer Gerechtigkeit erfolgen müsse. Was wir bisher von der sozialen Gerechtigkeit gesehen haben, wie die Regierung Marx sie auffaßt, ist der Abbau des Achtstundentages, die Verweigerung der internationalen Regelung der Arbeitszeitfrage und nun eine gegen die Massen der Verbraucher gerichtete Schutzollpolitik. Der unsoziale Charakter der Schutzollpläne wird von der Regierung schlecht genug bemäntelt mit der Ermäßigung der Umsatzsteuer von 2½ auf 2 Proz. Das ist nichts anderes, als ein Ausdruck des schlechten Gewissens, kein Ausgleich für die neue unerhörte Belastung der Massen. Das „Berliner Tageblatt“, das sich mit großer Entschiedenheit gegen die neue Hochschutzollpolitik wendet, stellt die verhängnisvolle Wirkung auf die Lebenshaltung der Massen fest:

„Innerpolitisch bedeutet die Wiedereinführung der Schutzölle eine Verteuerung der gesamten Lebenshaltung der breiten Massen zugunsten bestimmter Produzententriebe. Allerdings hat die Reichsregierung gleichzeitig beschlossen, die Umsatzsteuer, wie bereits berichtet, von 2½ auf 2 Proz. herabzusetzen. Uns erscheint das aber durchaus nicht als ein zureichendes Äquivalent.“

Die Ermäßigung der Umsatzsteuer, die man den breiten Massen als Futterbrot neben der Hungerpeitsche verspricht, wird und kann keinesfalls durch die Ermäßigung der Umsatzsteuer ausgeglichen werden. Es kommt hinzu, daß die Erhöhung der Lebenshaltungskosten in einem Zeitpunkt fällt, in dem man auf eine Abwägung dieser Lebenshaltungskostensteigerung auf die Löhne kaum rechnen kann. Noch nie sind Krisenzeiten Lohnbewegungen günstig gewesen. Die Stabilisierungskrise, die jetzt mit voller Wucht über die Industrie hereinbrochen ist, schließt es vollends aus, daß eine Verteuerung der Lebenshaltung durch Lohnerhöhungen kompensiert werden kann. So wird die Sondersteuer zu Nutzen des Großgrundbesitzes sich in verstärkter Weise auf die Schultern der breiten Massen entladen. Ja, noch mehr, in der gleichen Zeit wird die künstliche Niedrighaltung der Mieten abgebaut. Von dieser Seite droht also ein neues Steuermoment, ohne daß man sich in der Reichsregierung der katastrophalen Wirkung einer gleichzeitigen Preissteigerung für Brot und für Mieten — beides Momente, die besonders auf der Arbeiterschaft lasten — Kopfschütteln zu machen scheint.

Es wirkt wie eine Ironie, wenn man darauf verweist, daß der Lebensmittelzoll zu einem wesentlichen Teil vom Ausland getragen wird. Wäre das der Fall, so würden die schutzollnerischen Wirkungen des Schutzolltarifs abgeschwächt, der für die Landwirtschaft versprochene Nutzen damit verringert werden. Diese Absicht liegt keineswegs vor. Man will ja bewußt durch den Schutzoll einen Ausgleich zwischen Inland- und Weltmarktpreisen anstreben und darüber hinaus einen besonderen Schutz der deutschen Agrarwirtschaft für den Fall eines Sinkens der Getreidepreise am Weltmarkt schaffen. Das wird aber nur dann eintreten, wenn das Ausland den Zoll nicht auf sich übernimmt. Es kommt ferner hinzu, daß entsprechend dem Gesamtentwurf der Reichsregierung besondere Konzessionen an den Verbraucher gar nicht beabsichtigt sind. Sonst wäre es unverständlich, daß man mit der Einführung der Zölle für Büchsenfleisch und Geflügelfleisch denjenigen Volksgenossen den Fleischgenuß verweigert, die heute außerstande sind, sich frisches Inlandsfleisch zu leisten. Wir nehmen zu dieser Frage im Wirtschaftsteil noch besonders Stellung, möchten jedoch hier noch mit besonderem Nachdruck betonen, daß die Verteuerung des inländischen Fleisches nicht allein durch die Agrarier herbeigeführt worden ist, sondern auch durch die hohen Gewinne des Viehhandels und die Verteuerung bei der Verarbeitung des Fleisches. Belegt man unter diesen Umständen das Auslandsfleisch auch nur mit den Vertragszöllen der Vorkriegszeit, was einer Verteuerung um 25 bis 30 Proz. für Geflügel- und Büchsenfleisch gleichkommt, so stabilisiert man damit die Sondergewinne der Viehhändler, der Konservenfabriken und vielleicht noch der Fleischer; eine Garantie, daß der kleine Bauer, dem es gewiß gern zu gönnen wäre, aus seinem Vieh größten Nutzen herauszuholen, wird damit keinesfalls geschaffen.

Alles in allem richtet sich also die Schutzollbewegung und das Vorgehen der Reichsregierung gegen die breiten Massen der Verbraucher, insbesondere der Arbeitnehmer aller Art. Diese Art des Schutzes für die Landwirtschaft bedeutet geradezu eine Brückung derjenigen Kreise der deutschen Verbraucher, die bisher mit aller Kraft eine Intensivierung der landwirtschaftlichen Produktion angestrebt haben. Nicht eine Verbilligung der landwirtschaftlichen Produktion und Betriebsmittel, sondern eine schematische

Erhöhung der Agrarpreise wird angestrebt, nicht eine Erleichterung der Produktion, sondern eine Abwälzung auch der unnötigen, heute auf der Landwirtschaft ruhenden Lasten auf die Schultern der Behrlosen, die Brot und Fleisch brauchen, um zu leben.

Will man damit dokumentieren, daß das wertvollste Produktionsmittel der Nation, die Arbeitskraft, minderen Rechts ist? Will man noch mehr Qualitätsarbeiter, die außerhalb der Reichsgrenzen bei verhältnismäßig niedrigem Lebensaufwand viel höhere Löhne verdienen können, außer Landes jagen? Will man die übrigen, die unter der Inflation schon gelitten haben, erhöhtem Elend preisgeben?

Diese und andere Fragen werden bei der Beratung der Vorlage im Reichstag aufzuwerfen sein. Die Reichsregierung wird ihnen nicht ausweichen können.

Die Tatsache, daß die Regierung ihre Schutzollpläne bereits fertiggestellt hat und sie noch im Sommer im Reichstag erzieligen lassen will, hat in der Öffentlichkeit die größte Ueberraschung hervorgerufen. Die Regierung hat insgeheim einen Plan fertiggestellt, der eine entscheidende Wendung der deutschen Handelspolitik bedeutet. Sie hat diesen Plan so vertraulich behandelt, daß er großen Parteien des Reichstags in den entscheidenden Einzelheiten nicht bekannt war. Sie hat auch diesen Plan, der weder volkswirtschaftlich noch handelspolitisch eine Notwendigkeit ist, beschleunigt in einer Zeit, in der sie ihre volle Aufmerksamkeit auf drängendere Dinge zu richten hätte.

Die Ueberraschung der Öffentlichkeit kommt in den bisher vorliegenden wenigen Pressestimmen zu dem Zollgesetzentwurf der Regierung zum Ausdruck. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt:

„Wie wir bereits im gestrigen Abendblatt mitteilten, hat die Reichsregierung dem Reichsrat eine Vorlage über die Wiedereinführung der Agrarzölle zugehen lassen. Das muß, so richtig sowohl wie politisch, eine Ueberraschung hervorrufen. Gegenwärtig sind die Auslandspreise für Getreide weit höher als die Inlandspreise. Die deutsche Getreideproduktion hat nicht die geringste Veranlassung, sich vor der ausländischen Konkurrenz durch Schutzölle zu schützen. Die Gefahr einer Preisunterbietung, der man durch Zölle begegnen müßte, besteht nicht. Möglicherweise es später wieder einmal anders wird. Die Regierung scheint aber annehmen zu müssen, daß man die tiefergehende Unzufriedenheit, die gegenwärtig in den landwirtschaftlichen Kreisen herrscht, durch irgendeine drastische Maßnahme beschwichtigen müsse. Die Herbstbestellung steht vor der Tür, und man will zweifellos durch dieses Zollversprechen die deutsche Produktion, die nach den Jahren des Raubbaues während des Krieges und der Nachkriegszeit ohnehin stark nachgelassen hatte, wieder anregen. Die Landwirte sollen wieder mit der Möglichkeit einer größeren Rentabilität ihrer Betriebe rechnen können, und auf diesem Umwege glaubt man wohl auch die gesunkene Kaufkraft der Landwirtschaft im Interesse der gesamten stagnierenden Volkswirtschaft wieder beleben zu können. Wie dem auch sei, wir unsererseits halten aus innen- und außenpolitischen Gründen die Wiedereinführung von agrarischen Schutzöllen für höchst bedenklich.“

Nach dieser Stellungnahme wird die Opposition gegen die neuen Hochschutzollpläne nicht auf die Sozialdemokratie beschränkt bleiben. Die „Bolschische Zeitung“ berichtet:

„Wenn namentlich von sozialdemokratischer Seite in letzter Zeit sehr scharf gegen die Einführung von „Zollzöllen“ Stellung genommen worden ist, so mag schon jetzt vermerkt werden, daß die Sozialdemokratie mit ihrer Opposition durchaus nicht allein steht. So sind vor einigen Tagen in dem offiziellen Parteiorgan „Die Zeit“ sehr gewichtige Bedenken gegen die Wirkung der Getreidezölle erhoben worden, weil diese Zölle zur Zeit, wo die deutschen Getreidepreise weit unter den ausländischen Preisen liegen, dem deutschen Landwirt überhaupt nichts nützen würden.“

Bei dieser Sachlage wird die Politik der Reichsregierung immer unverständlicher. Warum schießt sie die Pistole des Hochschutzes und des Brotwuchers gegen das deutsche Volk ab, wenn selbst in den leitenden Kreisen der Deutschen Volkspartei sich sachliche und gewichtige Bedenken gegen die Schutzollpolitik erheben?

Die Erklärung liegt darin, daß es sich um ein politisches Tauschgeschäft ersten Ranges handelt, das den Rechtstendenzen in Deutschland den Weg zur Regierung ebnen soll. Die „Bolschische Zeitung“ weist mit den Fingern auf den schematischen Handel, der im Gange ist:

„Wie bereits kürzlich in der „Bolschischen Zeitung“ mitgeteilt wurde, erscheint es nicht ausgeschlossen, daß man die Zollvorlagen zugleich zu einem hochpolitischen Tauschgeschäft benutzen will, indem man den Deutschnationalen die vom Reichslandbund geforderten Schutzölle zubilligt und dafür verlangt, daß sie der parlamentarischen Verabschiedung der Vorlagen zur Durchführung des Sachver-

rändigenberichts keine Schwierigkeiten bereiten. Unter diesen Umständen scheint man gewillt zu sein, die Deutschnationalen mit in die Regierung aufzunehmen.“

„Es wäre gewiß ein „patriotisches“ Hebenstüd, wenn es gelänge, die Verhandlungen über das Sachverständigengutachten im richtigen Augenblick durch eine Regierungskrise zu sabotieren. Die Patrioten der Stümes- und Hugenberg-Presse wollen wir bei diesem Geschäft nicht stören; aber man muß erwarten, daß die Regierungsparteien von solchen Versuchen mit aller Schärfe abklären.“

Die künftige Ausweitung der Bevölkerung durch die Wiederbelebung der Schutzollpolitik der Jahre nach 1902 ist die eine Seite der neuen Schutzollpläne, der politische Anschlag gegen die Demokratie zugunsten eines Blochs der Kapitalisten und Agrarier die andere Seite. Die politische Seite dieses Anschlags gegen das deutsche Volk ist heute von fast noch größerer Bedeutung als die materielle!

Die deutschnationale Presse hält sich politisch noch außerordentlich zurück. Sie verfolgt die alte Taktik der Agrarier in der Vertretung ihrer Portemonnaieinteressen: zu schreien, zu schreien und wieder zu schreien. Der Reichslandbund läßt spaltenlange Resolutionen und neue Forderungen der Agrarier veröffentlichen. Die Agrarier mühen die Stellung der Reichsregierung aus. Sie fordern um so mehr, je mehr sie Entgegenkommen auf der Seite der Reichsregierung erkennen. Ueber die politische Seite gleiten sie mit ewigen Ablehnungsversuchen hinweg. Die „Deutsche Tageszeitung“ behauptet lak und dreist gegenüber den Plänen, gegen die Schutzollpolitik die Zustimmung der Deutschnationalen zum Eisenbahngesetz einzuhandeln:

„Da aber die „Frankfurter Zeitung“, wenn auch noch mit einiger Vorsicht, in die gleiche Kerbe haut und der „Vorwärts“ bereits behauptet, die Deutschnationalen seien zu einem derartigen Handel bereit, so genügt es nicht mehr, auf die Sinnlosigkeit dieser Ausbreitung hinzuweisen. Wir stellen deshalb in aller Form fest, daß diese Behauptungen in vollem Umfange und mit unverantwortlicher Dreistigkeit aus den Fingern gezogen sind.“

Alle Ablehnungsversuche aber können nicht verbergen, daß dies verwerfliche politische Tauschgeschäft im Gange ist. Die Tonart der deutschnationalen Presse zeigt die unentbehrliche Freude darüber, daß der Bloch der Kapitalisten und Agrarier marschiert. Sie zeigt aber auch, daß kein Halten mehr ist, wenn die bürgerlichen Mittelparteien die schiefe Ebene der rücksichtslosesten Interessenpolitik gegen die breiten Massen der Bevölkerung betreten — weder innenpolitisch noch außenpolitisch.

Durch ihren Vorstoß in der Schutzollfrage hat die Reichsregierung eine überaus gespannte Lage geschaffen. Sie hat die Frage des Blochs der Kapitalisten und Agrarier neu belebt. Sie hat Entrüstung und Empörung in den Kreisen der Arbeiterschaft hervorgerufen. Sie hat Zweifel daran erweckt, ob es ihr wirklich darum geht, zunächst die außenpolitische Lage Deutschlands zu klären und zu bereinigen. Sie hat die Grundlage verlassen, auf der das Kabinett Marx um die Zustimmung zu seinem außenpolitischen Programm im Reichstag nachsuchte. Der Reichskanzler Marx erklärte in seiner Programmrede vom 4. Juni:

„Nach der Ueberzeugung der Reichsregierung müssen vor diesen lebenswichtigen, für die Einheit des Reichs wie für die deutsche Wirtschaft gleich bedeutsamen Fragen der Außenpolitik alle innerpolitischen Fragen, mögen sie auch noch so wichtig erscheinen, vorerst zurücktreten. In voller Absicht unterlassen wir es deshalb, in der gegenwärtigen Stunde auf Fragen innerer Politik einzugehen. Bei den großen Entscheidungen, die wir in der Außenpolitik zu treffen haben, ist es Pflicht, die gesamte Kraft der Nation für diese ernste und schwere Aufgabe einzusetzen, ist es Pflicht, auch die drückenden Sorgen des Alltags in dem Bewußtsein zurückzustellen, daß erst nach Klärung und Bereinigung unserer außenpolitischen Schwierigkeiten der Wiederaufbau im Innern auf staatlichem, wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiet in Angriff genommen werden kann. Die Reichsregierung wird ihre ganze Kraft an die Arbeit legen, die zur schnellen Durchführung des Sachverständigengutachtens erforderlich ist, und stets ihr Augenmerk darauf richten, daß die sich daraus ergebenden schweren Lasten nach Maßgabe der Tragfähigkeit gerecht verteilt werden.“

Die Ausführung des Programms besteht darin, daß die Regierung einen Hochschutzollgesetzentwurf vorlegt, noch ehe sie die Befehle zur Durchführung der Gutachten fertiggestellt, daß sie die „gerechte Verteilung der Lasten“ einleitet mit einer gewaltigen Belastung der wichtigsten Massenlebensmittel zugunsten des Portemonnaies der Großagrarier. Wir warnen die Reichsregierung ernstlich davor, auf diesem Wege weiterzugehen! Sie ist im besten Begriff, innenpolitisch wie außenpolitisch das Porzellan zu zerbrechen!

Amerika gegen das Pariser Kompromiß?

London, 10. Juli. (WZ.) Reuter berichtet aus Washington, einige amerikanische Regierungsvertreter erklären, wenn sie auch mit ihr offiziellen Kommentaren zurückhalten, bis vollständige Informationen vorliegen, daß die Vereinbarungen zwischen Macdonald und Herriot, durch die die Vereinigten Staaten eine volle Stimme in der Reparationskommission in Zusammenhang mit der Anwendung des Dawes-Berichts erhalten würden, vom amerikanischen Standpunkte unannehmbar seien.

An sich war der ganze Gegenstand der letzten Tage ein Streit um Kaisers Bart; denn, ob eine etwaige vorläufige Verletzung Deutschlands gegen das Reparationsprogramm der Sachverständigen von der Reparationskommission oder vom Finanzausschuß des Völkerbundes in Zukunft festgesetzt werden sollte, ist nicht das Entscheidende. Ausschlaggebend wird vielmehr sein, wie sich die politische Konstellation in den einzelnen hauptbeteiligten Ländern in den kommenden Jahrzehnten gestalten wird. Behauptet sich die Demokratie in England, Frankreich und Deutschland, dann kann man unbeforgt sein; dann wird Deutschland sein Bestes tun, um das Dawes-Programm zu erfüllen, und gerät es trotzdem in Verzug, dann wird man ihm bösen Willen dabei nicht nachsagen, gleichviel ob die Entscheidung darüber der Reparationskommission oder dem Völkerbunds-ausschuß zusteht. Umgekehrt, wenn der großkapitalistische-agrarisch-nationalistische Kurs bei uns die Oberhand gewinnt, dann wird jede internationale Instanz — auch ein Völkerbunds-ausschuß — etwaigen Verletzungen Deutschlands auf bewusste Sabotage der Erfüllungspolitik zurückzuführen. So war es auch in der Vergangenheit: solange Wirth am Ruder war, konnte nicht einmal Poincaré die Reparationskommission zu einer Feststellung „vorläufiger Verletzungen“ veranlassen; kaum war dagegen der Stinnes-Helfferich-Einfluß unter Cuno-Beder-Rosenberg in der Reichspolitik maßgebend, da wurden die Verletzungen Deutschlands als vorzüglich bezeichnet und der Ruhreimarsch begann.

Das Schicksal des neuen demokratischen Kurses in England und Frankreich wird dabei natürlich ebenso entscheidend sein; aber es ist auf das engste und in geradezu automatische Wechselwirkung verknüpft mit dem Schicksal der demokratischen Kräfte in Deutschland. Der Schlüssel für die großen Entscheidungen der Zukunft liegt nicht in der Frage, ob Völkerbunds-ausschuß oder Reparationskommission Entscheidungsinstanz sein soll, sondern vor allem in der politischen Einsicht des deutschen Volkes.

Was nun dem jüngsten Konflikt zwischen London und Paris einen scheinbar ersten und klugen Charakter verlieh, das war viel weniger der eigentliche Gegenstand der Meinungsverschiedenheiten als die innerpolitischen Gefahren, die für das Kabinett Herriot daraus entstanden waren.

Und weil nun Macdonald mit Recht erkannt hat, daß ein Sturz Herriots in diesem Anfangsstadium des großen internationalen Friedenswertes eine Katastrophe wäre im Vergleich zu der relativ nebensächlichen Frage, um die es sich dreht, deshalb ist er nach Paris gefahren und deshalb hat er sich selbst auf Kosten des bisherigen Standpunktes seiner Regierung um eine Einigung mit Herriot bemüht. Das Ergebnis der Pariser Besprechungen ist ein für beide Teile durchaus annehmbares Kompromiß: die Reparationskommission wird nicht ausgeschaltet, sondern in ihren alten Rechten bestätigt, jedoch in einer neuen Form: Amerika, in der Person des Generalagenten für die Verwaltung deutscher Zahlungen, wird zum Schiedsrichter im Falle einer Uneinigkeit zwischen den einzelnen Mitgliedern der Kommission gemacht. So vertiert, entsprechend dem englischen Wunsch, die Reparationskommission ihren bisher einseitigen und unvollständigen Charakter, und zugleich bleibt sie, gemäß der französischen Forderung, das Reparationstribunal, das im Versailles Vertrag allein vorgesehen ist.

Es fragt sich nur noch, ob die amerikanische Regierung die ihr zugedachte mächtige, ehrenvolle, aber zugleich heisse

oberste Schiedsrichteraufgabe annehmen wird. Die neuesten aus Washington eingetroffenen Nachrichten lassen auf eine Ablehnung der Pariser Vereinbarung schließen, ohne daß sich allerdings die wahren Gründe dieser Weigerung klar erkennen lassen. Sollte dieser negative Standpunkt endgültig sein, dann wäre allerdings das große Ergebnis der Pariser Reise Macdonalds wider illusorisch gemacht und das Spiel müßte in den nächsten Tagen von neuem beginnen!

Die Wiekung in Paris.

Paris, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Die Aufnahme der englisch-französischen Note, die das Ergebnis der Aussprache zwischen Macdonald und Herriot zusammenfaßt, durch die Pariser Presse zeigt, daß die Verhandlungen wenigstens in einem Punkt ihr Ziel erreicht haben:

Herriots durch den Ansturm der Opposition fast bedrohte Stellung ist außerordentlich gefestigt

worden und selbst der größte Teil der nationalitären Presse erkennt an, daß es ihm gelungen sei, den französischen Standpunkt zur Geltung zu bringen. Ob durch die Beschlüsse, die am Mittwoch gefaßt wurden, und durch die Konzessionen, zu denen sich Macdonald nach langen und außerordentlich schwierigen Verhandlungen herbeigelassen hat, die von beiden Regierungen gewünschte Präzisierung der großen internationalen Probleme erleichtert wird, ist eine andere Frage. Als bedeutsamsten

französischen Erfolg

verzeichnen die Blätter die Wahrung der von der englischen These bedrohten Prinzipien des Friedensvertrages, die Aufrechterhaltung der Autorität der Reparationskommission und die wenn auch nur prinzipielle Zugehörigkeit Englands zu der Frage der interalliierten Schulden und der Sicherheit. Der „Matin“ stellt mit Befriedigung fest, daß England und Frankreich auf der Londoner Konferenz nunmehr in voller Einigkeit den anderen Mächten gegenüberzutreten werden. Er teilt mit, daß Macdonald selbst mehrmals die Einwände seiner eigenen Sachverständigen und Ratgeber zum Schweigen gebracht und gegen deren Widerspruch sich die französische Auffassung zu eigen gemacht habe. „Petit Parisien“ spricht von einer restlosen Befriedigung, die es ermöglicht habe, alle Mißverständnisse zu beseitigen und die Atmosphäre von Chequers wiederherzustellen. Das Gelingen der Londoner Konferenz sei nunmehr sichergestellt. Selbst der nationalitäre „Figaro“ erkennt an, daß man in Frankreich allen Anlaß habe, sich über die Ergebnisse des Mittwochs ohne Einschränkung und ohne Hintergedanken zu freuen. Der „Quotidien“ spricht von dem auffälligsten Erfolg, den die französische Diplomatie seit langer Zeit davongetragen habe.

Das Kompromiß, das in der Frage der Feststellung deutscher Verletzungen zustande gekommen ist, wird, obwohl darin der englische Standpunkt vielleicht am stärksten zum Durchbruch gekommen ist, allgemein als annehmbar anerkannt. Die Bestimmung, daß das Programm zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und fiskalischen Einheit Deutschlands, wie sie von den Sachverständigen gefordert wird, erst aufgestellt werden soll, wenn die Reparationskommission die Durchführung des Dawes-Planes durch Deutschland festgestellt haben wird, wird mit besonderer Befriedigung hervorgehoben.

Paris, 10. Juli. (E.P.) Die gestern veröffentlichte Note über die Londoner Konferenz hat auch die Oppositionspresse etwas mit der Regierung ausgeföhnt, obwohl die Wortführer im Kampfe gegen die Regierung noch wie vor von der Forderung der Reparationen und dem Ueberhandnehmen des englischen Standpunktes und so weiter reden, doch hat die Feststellung der Note, daß im Versailles Vertrag und an der Autorität der Reparationskommission nicht gerührt werde, offensichtlich großen Eindruck gemacht. Ziemlich allgemein vermißt man aber, daß die Note nichts über die Beteiligung Deutschlands an der Konferenz sagt und ebensowenig über die Beteiligung der kleinen Mächten.

Poincaré geht doch vor.

Paris, 10. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat begibt am Donnerstag nachmittags die Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik. Sie wird durch den ehe-

maligen Vizepräsident Pompadour eröffnet werden, der die Regierung über die angekündigte Durchführung der Baingesezgebung in Maß-Bohringen sowie die beabsichtigte Aufhebung der französischen Botschaft am Vatikan interpellieren wird. Der größte Teil der Sitzung wird voraussichtlich durch Ausführungen

Poincarés ausgefüllt werden, der von der Opposition zum Führer des Generalssturms gegen Herriot ausgerufen worden ist. Die Erfolge, die jedoch Herriot erzielt hat, dürften dem Manöver der Opposition allerdings bereits den Wind aus den Segeln genommen haben. In den Kreisen der Mehrheit sieht man deshalb dem Ausgang der Interpellationsdebatte, in der Herriot wahrscheinlich erst am Freitag das Wort ergreifen wird, mit großer Zuversicht entgegen.

Die englische Auffassung.

Die Londoner Presse hebt übereinstimmend hervor, daß Macdonald seinen ursprünglichen Standpunkt zugunsten der Kompromißformel preisgegeben habe, daß aber dieses Opfer notwendig gewesen sei, um Herriot vor dem Sturz zu schützen.

Sturmjahren in der Kammer.

Um die Amnestiegesetze.

Paris, 9. Juli. (WZ.) Heute nachmittags haben in der Kammer die Verhandlungen über den Amnestieentwurf begonnen. Während der Ausführungen des Berichterstatters Abg. Violette kam es mehrfach zu heftigen Zwischenrufen und Auseinandersetzungen, die sich mehrere Male gegen Caillaux und Rainy richteten. Ohne einen Zweifel darüber zu lassen, daß er Caillaux im Auge habe, unterbrach der rechtsstehende Abg. De Mun mit einem Zwischenruf: „Wir haben es nicht nötig, einen Schurken zu amnestieren.“ Der Berichterstatter erklärte u. a.: „Wir haben die Absicht, der Kammer eine Abstimmung von politischer Bedeutung vorzuschlagen, zunächst, weil es die Regierung von uns verlangt hat, und dann, weil wir nicht zugelassen hätten, daß sie es nicht von uns verlangt. Die Mehrheit vom 11. Mai hat schwere Verpflichtungen übernommen. Sie wird sie halten und den Amnestieentwurf der Regierung und der Kommission überweisen.“ Nach Schluß der Ausführungen Violettes ergriff ein Redner der Rechten, Barillet, das Wort, dessen Angriffe auf den Entwurf die Erregung steigerten. Er erklärte u. a., das Gesetz sei nur für zwei Männer da, Caillaux und Rainy. Der sozialistische Abg. Roulet erwiderte mit dem Zuruf: „Es lebe Caillaux!“

Die Debatte dauert an. Paris, 10. Juli. (WZ.) Im Verlauf der gestrigen Kammerdebatte über das Amnestiegesetz kam es, und zwar während der Rede des rechtsstehenden Abg. Barillet zu wilden Auftritten. Bei der Diskussion handelte es sich in der Hauptsache um die beiden vom Staatsgerichtshof verurteilten Caillaux und Rainy. Der Abg. Barillet wurde von dem sozialistischen Abgeordneten Simon Regnaud unterbrochen, der wiederum, wie jüngst in einer Kammerdebatte auf die Rolle der Generale hinwies. Das veranlaßte den ehemaligen Kriegsminister Maginot zu einem heftigen Protest. Kriegsminister Rollet, den er ersuchte, ihn zu bestrafen, daß seine Handlungen als Kriegsminister korrekt gewesen seien, griff nicht in die Debatte ein. Da er nicht mehr reden durfte, rief er auf Rato Hari (die wegen angeblichen Hochverrats verurteilte und in Vincennes erschossene holländische Längerin, die man bekanntlich Rainy in Verbindung gebracht hat). Das war des Signos zu einem Skandal und einer Schlägerei, in die selbst Männer wie der Abg. Roulet verwickelt wurden. Der neu gewählte Abg. General de St. Juste machte die Behörde des Anliegens und Schicksals von Rainy. Nur mit Mühe kann Präsident Painlevé den Saal räumen lassen. Die Sitzung wurde auf eine Stunde vertagt. Nach ihrer Wiederaufnahme erklärte Poincaré, das Bureau habe den Abg. de St. Juste aufgefordert, sein Bedauern über den Vorfall auszudrücken, er habe sich dessen gewiegt, man müsse also die Zensur über ihn verhängen. Als General habe er 35 Jahre seines Lebens die Gelegenheit gehabt, das Reglement zur Anwendung zu bringen. Wenn es ein Reglement in der Kammer gebe, so solle es zur Anwendung kommen. Darauf wurde die Zensur über ihn verhängt und Abg. Barillet konnte seine Rede gegen den Amnestieentwurf beenden.

Im Verlauf der Rede des Abg. Marin kam es nochmals zu einer Prügelei, und zwar gelegentlich des Eingehens des ehemaligen Kriegsministers Maginot, der zur Verteidigung einiger Urteile des Kriegsgerichtes das Wort ergriff; übrigens sollte Rollet eine Nachprüfung dieser Urteile zu. Die Kammer legt die Debatte über die Amnestievorlage heute normittag fort.

Wie werde ich reich...?

Von Josef Maria Frank

Endlich habe ich es herausgefunden, wie ich reich werden kann. Die Idee ist glänzend. Dabei höchst einfach. Und der Erfolg garantiert. Dazu noch hinzukommt, daß weder geistige noch körperliche Anstrengung, geschweige denn größeres Anfangskapital erforderlich ist.

Eigentlich bin ich so nicht selbst darauf gekommen. Ich habe die Idee vielmehr dem zufälligen Studium einer Sonntagszeitung zu verdanken. Diese Sonntagszeitung enthielt nämlich 17 Preisausschreiben diverser mir bis dato unbekannter Firmen. Ein Rebus, das ein Bestreben im vorgeschrittenen Stadium der Gehirnanalyse für Reichtümer lösen könnte, war zu lösen, ein Schlagwort zu erröthen, es aufzuschreiben, der Firma zu senden, Name und Adresse beizufügen und — das ist man der Haken, wo die Reichtümer hängt! — 1 Rentenmark für Porto, Speise usw. Dann war man Annahmestellen auf einen der Preise.

Die Sache imponiert mir mächtig. Und da ich stets mehr oder weniger im Druck bin, werde ich mir diesen Weg reich zu werden, merken. Ich werde ein Preisausschreiben veranlassen und rechne mit Sicherheit darauf, daß ich sodann mit meinem Familienanhang die stets schneidlich erwünschte Orientreise in praxi erledigen, in die Zurückkunft umsetzen kann.

Ich werde folgendes Preisausschreiben veranlassen: Ich werde — legen mir, das besten Witz prämiieren! Und zwar, um alle Kreise lockern zu gestalten, 1. den besten Herrenwitz (speziell für Herren), 2. den besten Damenwitz (speziell für Damen) und 3. den besten Kinderwitz! Ich werde zehn Preise aussetzen, und zwar für jede Gruppe einen ersten Preis von je 1000 M., in der, einen zweiten Preis von 500 M., und einen dritten Preis von je 100 M., und außerdem jeder Gruppe zehn Trostpreise von je 20 M. Das wären also insgesamt — schön, ich spendiere außerdem noch eine Prämie von, um eine runde Schlusssumme zu bekommen, 600 M. — das wären, wie gesagt, insgesamt 6000 M. Jeder Einsender muß der Lösung 1 Rentenmark für Porto, Speise usw. beifügen! Passen Sie auf: Die Sache wird ein Bombengeschäft! Wie so, fragen Sie —? Wie so —? Na, so:

Ich werde 6000 M. Gewinne auszahlen; ich werde für Annahmestellen, großzügig, wie ich bin, 4000 M. heranzuschießen; ich werde 100 000, ne, legen mir, 50 000 Einsendungen erhalten! (Ich weiß aus guter Quelle, daß hunderttausende Einsendungen gewöhnlich einlaufen, bei guter Reklame sogar noch mehr! Und ich werde für 4 Milie Reklame machen!) Also erhalte ich bei 50 000 Einsendungen 50 000 x 1 Rentenmark für Porto, Speise usw., also 50 000 M. in bar, davon gebe ich die 40 000 M. an Posten (Gewinne und Annahmestellen) ab und habe 40 000 M. Restgewinn, mit dem ich mich

auf mein Abenteuer zurückziehen kann. Vorausgesetzt, daß ich nicht weitere Preisausschreiben veranlassen werde. Ich werde eine kluge Sommerreise ma —

Grade kommt meine Frau und fragt, was ich schreibe. Ich entwickele ihr meine Idee. Da hält sie mir mit dem fremdbildigen Zuruf „Dum!“ die neueste Zeitung vor die Augen, weist mit dem Finger auf eine Ueberschrift: „Die Polizei verbietet die Preisausschreiben und wird die Veranstalter gerichtlich belangen!“ Mein Lintenschloß kauft an die Wand. ...

Natürlich! Wenn unseres kommt, ist es zu spät! Dann haben die anderen den Rahm abgeschöpft, die Neppbedürftigen schon gegesselt, die Nefflichkeiten schon gemolken — und dann verbietet es die Polizei! Ausgerechnet, wenn es zu spät ist. ...

Was wird nun mit den 17 Rentenmark, die ich für Porto, Speise usw. mit 17 Preisausschreibungen an 17 gewerbsmäßige Nepper abgehandelt habe. ...?

Natürlich, dann kommt die Polizei! Es bleibt mir nichts anderes übrig, als die Sache zu einem Brulleton zu verarbeiten, 15 M. Honorar einzustreichen und mit 2 M. Schaden die Chose zu liquidieren. ...

Über schade ist es doch, daß die Polizei. ... Vielleicht wäre ich auch einmal reich geworden. ... Warum immer nur die anderen. ... Denn schon Klante sagte: Aliene in hoc signo vinces! Zu deutsch: Nur mit Nepp alleene machst! Kennen, biste Finanz!

Hat der Hund Verstand?

Die Frage, ob Hunde im menschlichen Sinne Verstand haben, d. h. Gedanken und Begriffe, Zweckbewußtsein, Einsicht und Eingebildetheit besitzen, ist bisher in der Tierpsychologie sehr verschiedenartig beantwortet worden. Neue Versuche über Begriffsbildung bei Hunden hat der englische Psychologe de Jong angestellt und ist zu wichtigen Ergebnissen gelangt, über die D. Koehler in den „Naturwissenschaften“ berichtet. De Jong brachte Hunde in einen Kasten, dessen eine Wand als Tür ausgebildet war; sie ließ sich durch Herabdrücken eines Hebels leicht öffnen. Die drei Versuchshunde lernten bald, den Hebel mit der Pfote herabzudrücken und so den Weg zu dem vor der Tür liegenden Futter zu finden. Aber das gelang ihnen stets nur durch blindes Herumprobieren. Wurde dann der Käfig um 90 Grad gedreht, so trotzte der Hund an der Ober- oder Unterwand, an der vor der Drehung der Hebel war. Der Hebel selbst aber wurde nicht berührt, und erst später wieder rein zufällig entdeckt, worauf der Bernspruch von neuem begann. Erst wenn der Käfig schräg gedreht war, suchten die Hunde den Hebel als solchen, unabhängig von der Lage im Raum. Wenn der Hund vor dem Käfig saß, in den das Futter hineingelegt war, so öffnete er zwar den Hebel, ließ aber vor her ausschließlicher Tür sitzen und starrte durch die Stäbe der Futterkastens an, anstatt die Tür vollständig zu öffnen. Ebenso fehlten die Hunde, die saßen den Käfig schräg und verlassen hatten, wenn man ihnen nun Futter in den Käfig warf, nicht durch die halb offen

stehende Tür zurück, sondern kratzten an allen Seiten des Käfigs nachlos herum. Auch als der Käfig auf den Kopf gestellt wurde, so daß der Hebel angehoben werden mußte, um die Tür zu öffnen, probierten die Hunde blind herum und lernten erst allmählich, den Hebel mit der Schnauze zu heben.

Der englische Gelehrte Hobbhouse, der für die Intelligenz von Hunden und Vögeln eingetreten ist, behauptete, daß Vögel erlernen, ein Stück Fleisch, das auf einem Pappbeleg auf dem Tisch liegt, durch Anziehen eines am Teller befestigten herabhängenden Fadens zu sich auf den Boden zu ziehen. Bei Hunden gelang dieser Versuch de Jong gar nicht. Erst als er am Faden einen Bapping befestigte und die Pfote des Hundes hindurchsteckte, riß er das Fleisch herab, konnte aber von sich aus die Aufgabe nicht lösen. Nach diesen Versuchen fehlt dem Hunde jede Einsicht in die Mittel, das Ziel zu erreichen, und ebenso jedes Schlussvermögen. Nur durch Herumprobieren wird etwas erlernt, aber nur eine gewisse Abfolge von Bewegungen, nicht die Lösung der Aufgabe im Prinzip. Deshalb scheitert der Hund an dem gleichen Problem des Türöffnens von außen und von innen, weil sie einmal geschlossen, das andere Mal gedrückt werden muß, um sich zu öffnen. Zu festen Begriffen kommt der Hund niemals.

Nationalgalerie und Akademie der Künste. Die Akademie der Künste wünscht auf die Nationalgalerie Einfluß zu gewinnen, sei es auch in der Form, daß sie in der besonderen für die Nationalgalerie bestehenden Kommission Stimme bekommt. Justiz, der Leiter der Nationalgalerie, wehrt sich dagegen, da er wie fast alle Museumsbesitzer von Künstlerkommissionen nichts hält und wahrscheinlich an der bisherigen Kommission schon genug hat. Der Streit um die Frage wurde heftig, da Justiz die letzte Ausstellung der Akademie angriff und Liebermann erregt antwortete. Die grundsätzliche Regelung der Frage darf natürlich nicht mit solchen persönlichen Streitigkeiten vermischt werden. Es ist daher begrüßenswert, daß die Berichte von einer geplanten Unterstellung der Nationalgalerie unter die Akademie der Künste nach offizieller Mitteilung jeder Grundfrage entbehren. Es ist nicht geplant, an den Zuständigkeitsverhältnissen der Nationalgalerie irgend etwas zu ändern.

Die Zunahme der Jahrestage. Die Gesamtzahl der deutschen Jahrestage macht beständig an. Sie betrug Ende 1918 2541, war im Jahre 1919 auf 2725 gestiegen und erreichte im Jahre 1920 auf 3342. Eine neue erhebliche Zunahme ist 1922 mit 3953 festzustellen. Es kommen jetzt auf einen Jahrestag 1956 Einwohner gegen 10079 Ende 1921 und 16431 Ende 1913.

Das Schulwesen im Neuen Palästina. Das Interpellationsdebatte der palästinensischen Regierung veröffentlicht einen statistischen Bericht über das Schulwesen im jüngstvergangenen Jahre. Demnach bestehen in Palästina insgesamt 512 staatliche Lehranstalten mit insgesamt 15 996 männlichen und 8229 weiblichen Schülern. Von den 397 nicht staatlichen Schulen Palästinas sind 88 mohammedanische, 197 jüdische und 162 christliche Schulen, die von 207 mohammedanischen, 19 711 jüdischen und 12 845 christlichen Schülern besucht wurden. 26 mohammedanische und 88 christliche Schulen besuchten jüdische Schüler und 1426 mohammedanische und 307 jüdische Schüler besuchten christliche Schüler. Von den staatlichen Schulen inspektoren waren 124 Christen, neun mohammedaner und einer Jude.

